

Framing und Reproduktion von Hegemonie: Öffentlichkeit bei den britischen Protesten 2011

Sarah Ertl¹

Wiener Linguistische Gazette
Institut für Sprachwissenschaft
Universität Wien
77 (2013): 25-43

Abstract

This paper focuses on the August 2011 protests in London and other cities of Great Britain and shows how media covered the actions during the first week of protest that has most importance for first formation of opinion in public sphere. To discuss the data, a theoretical introduction firstly puts the framing of actions in connection with hegemonic power relations that are reproduced in society and take place via communication in the public sphere. An empirical survey concentrates secondly on the framing of activists and actions and the proportions of the actors being quoted in media. The linguistic framing analysis of articles in the most important Austrian newspapers highlights the adscription of roles to activists in the discourse about the very protests. Results show a tendency of media to focus in their action description on a marginalization of activists a criminalization of actions. Therefore thirdly the involvement of journalism into an autonomously spreading hegemony that works in favour of elitarian power maintenance will be discussed. Furthermore, the problem of long and short term exclusion of certain groups in society (the activists) the public sphere and the deliberations process will be pointed out.

1 Einleitung

„Die vermummten Randalierer, die seit Tagen englische Städte terrorisieren, bekommen nun Gesichter: Es handelt sich keineswegs nur um arbeitslose Jugendliche“ (Kastein 2011). Am fünften Tag der Proteste in Großbritannien im August 2011 bringt die Qualitätszeitung *Die Presse* jenen Konsens auf den Punkt, den österreichische Medien zuvor tagelang in spektakulärer Form vertrieben haben. Das Fazit der *Presse* beinhaltet beides: ein Eingeständnis offenbar voreilig falsch getroffener Schlüsse auf der einen Seite und das Fortsetzen der hegemonialen Verhaltensweise der Berichterstattung auf der anderen. Doch wie konnte es zu dieser Feststellung in der *Presse* kommen?

¹ Doktorandin im Fach Sprach- und Medienwissenschaft an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck. Bezieherin der Nachwuchsförderung der Universität Innsbruck. Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Ivo Hajnal.

Zwei Tage nach der Erschießung des Familienvaters Mark Duggan auf offener Straße demonstrierten seine Verwandten und FreundInnen vor der Polizeistation im Londoner Viertel Tottenham. Duggan wäre durch einen Polizisten getötet worden (Huffington Post 2011), obwohl er selbst keinen Schuss gelöst hatte (Harrow Observer 2011). Die DemonstrantInnen beklagten das unverhältnismäßige und rassistisch motivierte (Orr 2011) Vorgehen der Polizei. Wie ballistische Tests später ergaben, behielten sie Recht (Vasagar 2011): Duggan hatte selbst nicht geschossen, er wurde aber durch den Schuss einer Polizeikugel getötet (IPCC 2011). Der friedliche Protest vor der Polizeistation artete aus und es kam zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den DemonstrantInnen (Lewis 2011, Channel 4 2011) Die Protestaktionen wurden in den folgenden Tagen fortgesetzt und weiteten sich auch auf andere britische Städte aus (Jackson 2011). Unter kollektivem Vorgehen wurden vornehmlich Enteignungen von Waren aus Elektronik- und Kleidungshops getätigt, ferner wurde von Autobus-, Geschäfts- und Wohnhausbränden (Meikle 2011) und vereinzelt gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Aktionsteilnehmenden berichtet (BBC 2011).

Kurz nach Beginn der Protestaktionen beschrieben involvierte Blogger, zivilgesellschaftliche Einrichtungen und alternative Zeitungen die Erschießung von Mark Duggan als „trigger“ (Defend the Right to Protest 2011), als Auslöser der weiteren Unruhen. „But the anger visible on our streets is a product of many years of brutal and oppressive policing“ (ebd.). Die Wut, die sich auf der Straße entlud, führen Involvierte zunächst auf zahlreiche schwere Polizeiübergriffe auf farbige oder arme Personen einerseits (Orr 2011) und die komplette Ignoranz dieses Missstands durch Mainstream-Medien und Politik andererseits zurück (Shilson 2011). Die längerfristigen Ursachen werden mit der Entmachtung ganzer Gesellschaftsgruppen erklärt. Junge Erwachsene haben weder Zugang zu Institutionen noch Sprachrohre, die in der Öffentlichkeit die Stimme für sie erheben, sie haben keine Arbeit und nichts zu verlieren (Penny 2011). Die Kampagne *Islington Hands Of Our Public Services* schreibt zu den Protesten:

„Our communities have been blighted by high levels of deprivation, poverty and lack of opportunity for decades. Inequality is growing and recent funding cuts to local services, particularly youth facilities, along with rising unemployment, and cuts to EMA² and benefits have exacerbated the conditions in which sections of frustrated young people turned to rioting, which unfortunately has resulted in people losing their homes and small/family businesses losing their livelihoods.“ (IHOOPS 2011)

² Education Maintenance Allowance.

Die Reaktion der Politik auf die Proteste zeichnete ein völlig anderes Bild: Nick Clegg, stellvertretender Premierminister, verurteilte die Vorgänge als „needless opportunistic theft“. „Thieves and troublemakers“ hätten sich der „mindless destruction“, einer sinnfreien Zerstörung, hingegeben (Deputy Prime Minister 2011). Premier David Cameron, der nach den ersten beiden Protesttagen aus dem Sommerurlaub zurückkehrte, forderte das strengere Vorgehen der Polizei in diesen Aktionen, die er als „criminality, pure and simple“ definierte (Porter 2011). David Lammy, zuständiges Parlamentsmitglied für Tottenham, sprach sich für die Beruhigung der Lage und die Klärung der „unakzeptablen“ Vorfälle aus. Er betonte, dass es für die Aggression gegen Polizei und Öffentlichkeit und die Zerstörung von Eigentum keine Rechtfertigung gäbe (Rickman 2011).

In diesem Konflikt treffen zwei Sichtweisen aufeinander, die auf verschiedenen Ebenen mit Uneinigkeiten konfrontiert sind: die Klage der AktivistInnen über das jahrelange Fehlverhalten der Polizei und der gesellschaftlichen Entmachtung und institutionellen Ignoranz von Personengruppen, gepaart mit dem Schweigen der Massenmedien als Sprachrohr der Öffentlichkeit darüber auf der einen Seite; auf der anderen die politische Charakterisierung der Geschehnisse als unnötige, kriminelle Aktion durchgeführt von Dieben ohne Verstand.

Medien fällt die Aufgabe zu, „Öffentlichkeit über bedeutende Vorgänge in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur herzustellen“ (Pürer 2006: 1), also möglichst viele Sichtweisen darzustellen. Sie verknüpfen Gesellschaft mit Politik, transportieren Interessen von beiden Seiten in beide Richtungen. Die Bloggerin Laurie Penny bringt das Spannungsverhältnis von Politik, Gesellschaft und Öffentlichkeit im Hinblick auf die britischen Proteste auf den Punkt:

„The people who do will be waking up this week in the sure and certain knowledge that after decades of being ignored and marginalised and harassed by the police, after months of seeing any conceivable hope of a better future confiscated, they are finally on the news“. (Penny 2011)

Die mediale Realisierung dieser Funktion der Öffentlichkeit im o.g. Konflikt ist jener Aspekt, dem sich dieser Artikel widmet. Anhand der Analyse der Berichterstattung über die britischen Proteste soll der zentralen Frage nachgegangen werden, ob die Berichterstattung als Gestalterin der Öffentlichkeit ihrer Verpflichtung zur Einhaltung demokratischer Prinzipien gerecht wurde. Die These, die dabei auf ihre Richtigkeit geprüft wird, ist, dass die untersuchten österreichischen Medien diese Funktion, an die sie im Modernen Staat gebunden sind, gerade *nicht* erfüllen. Dazu wird folgendermaßen vorgegangen: Auf theoretischer Ebene wird der Untersu-

chungsrahmen bezogen auf Frames, Hegemonie und Öffentlichkeit abgesteckt. Die quantitative Erhebung zeigt in einem weiteren Schritt, wie die Protestaktionen und die AkteurInnen während dieser ersten Protestwoche mit Hilfe des Framings charakterisiert werden. Außerdem lässt die Häufigkeitsauswertung der zitierten Quellen erkennen, wer im medial ausgetragenen Konflikt als Autorität herangezogen wurde. Die Ergebnisse werden schließlich mittels Öffentlichkeits- und Hegemonie-Theorien geprüft. Es wird zur Diskussion gestellt, inwiefern Journalismus in hegemoniales Verhalten eingebunden ist und zu dessen Reproduktion beiträgt.

2 Theoretische Einbettung

Drei theoretische Felder sind für die vorliegende Untersuchung von Bedeutung: (1) Frames als Interpretationseinheiten von Zusammenhängen, (2) das soziopolitische Machtverhältnis der Hegemonie, das über die Gesellschaft reproduziert wird und (3) die Öffentlichkeit als Verhandlungsplatz von Entscheidungen.

(1) Frames sind gleichzeitig von linguistischer als auch von soziologischer Warte ein bedeutendes Untersuchungsobjekt, wirken sich diese sprachlichen Einheiten doch auf Kommunikation und Entscheidungen in Gesellschaft und Politik aus. Frames sind „schemata of interpretations that enable individuals to locate, perceive, identify and label occurrences within their life space and the world at large“ (Goffman 1974: 21). Scheufele (1999: 106f.) unterscheidet zunächst zwischen *Individuellen Frames* und *Medienframes* – mit dem Hinweis auf die Verketzung der beiden. Unter ersteren werden kognitive Einrichtungen beim Menschen selbst verstanden, sie sind „mental stored clusters of ideas that guide individuals‘ processing of information“ (Entman 1993: 53). Medienframes werden von Frame-GestalterInnen gewählt und in Medien publiziert. Die Analyse wird unter der Bedingung vorgenommen, Medienframes als abhängige Variable zu untersuchen. Im Zentrum des Interesses steht also die Fragen, wie Framing-Prozesse funktionieren und welche Frames von JournalistInnen verwendet werden (Scheufele 2004: 6).

Medienframes erfüllen hauptsächlich folgende Aufgaben: (a) die Darstellung eines zentralen Konzepts, das einer Abfolge von (und Kontroversen in) Geschehnissen Bedeutung beimisst und sie als geschlossenen Zusammenhang organisiert; (b) die Erleichterung journalistischer Arbeitsroutinen, um Informationen unverzüglich zu identifizieren und klassifizieren, und diese umgekehrt den LeserInnen verständlich zu machen. Ein spezieller Konfliktaspekt kann durch Hervorhebung bestimmter kausaler Interpretationen, moralischer Evaluation und/oder

Handlungsvorschlägen journalistisch gefördert werden; (c) die systematische Einflussnahme auf die Rezeption des Publikums über das Framing und die Darstellung (Scheufele 2004).

Die Trennung in zwei gegenüberstehende Gruppen von Frame-RezipientInnen und Frame-GestalterInnen ist nicht möglich, zumal etwa JournalistInnen als Letztentscheidende im Framegestaltungsprozess ebenfalls als individuelle Subjekte im Rahmen ihres Erkenntnis- und Wahrnehmungsapparats geprägt durch ihre Sozialisation rezipieren und anschließend agieren. Wie bei anderen Kommunikationsprozessen treten die systemtheoretischen Prozesse Reflexivität, Konstruktivität und Selektivität ebenso bei Framing-Prozessen und Interessenskonflikten auf, wie Hajnal (2011: 2f.) veranschaulicht, indem er Mertens pentamodales Wirkungsmodell (Merten 1995: 80) mit dem Faktor Macht in Beziehung setzt. Macht liegt zunächst auf Seiten der KommunikatorInnen, welche in der Auswahl, Strukturierung und Fokussierung der Themen ein Kommunikationsfeld öffnen. Die Machtausübung wechselt anschließend zu den RezipientInnen, die eine Vorselektion aus einer Themenauswahl treffen. In diese Selektionsprozesse können KommunikatorInnen mittels Feedback eingreifen. Ähnlich verhält es sich mit der Sinnkonstruktion, die RezipientInnen zunächst selbstständig gestalten, durch Anschlusskommunikation aber von KommunikatorInnen beeinflusst werden kann (Hajnal 2011: 7ff.).

Konkret auf den Framing-Prozess bezogen entwickelt Lengauer (2007: 101f.) ein Modell, das auf die Interdependenzverhältnisse aller am Framing-Prozess Beteiligten hinweist: Lengauer unterscheidet zwischen den drei Frame-Dimensionen *Media Frame*, *Public Frame* und *Policy Frame*. Die AkteurInnen der einzelnen Dimensionen sind zunächst jeweils von ihrem eigenen beruflichen, sozialisierten und ideologischen Rahmen geprägt. Die JournalistIn gehorcht den Vorgaben von Darstellungsmustern, Nachrichtenwerten, Selektionskriterien, Blattlinie etc. Die LeserIn rezipiert gemäß der Sozialisation, was Bildung, ideologische Ausrichtung, Interessen u.a. miteinschließt. Policy-Maker verfolgen in ihren Kommunikationsakten ihre ideologischen Ziele im Rahmen einer politischen Strategie, die jeweils abgestimmt auf die Interessen des Publikums und der Logik der MedienakteurInnen gewählt wird.

Drei Inter-Kommunikator-Relationen bestimmen den Framing-Prozess maßgeblich: (1) das Media Framing als jenes Verhältnis, das auf das Publikum und auf die politischen AkteurInnen einwirkt und ihnen Themen und Deutungen vorgibt, (2) das Public Framing als Einflussnahme der RezipientInnen auf die politischen AkteurInnen z.B. im Zuge von Zustimmung bei Wahlen oder auf die Medien selbst etwa in Form von (Beenden der) Rezeption der Medien

und (3) das Policy Framing, die Einflussnahme der politischen AkteurInnen auf die Medien und auf das Publikum (ebd.).

Frames, die in Massenmedien auftreten, gelangen in die Kommunikationsflüsse der RezipientInnen und werden dann reflexiv bearbeitet. Die Ausformung der Informationswahrnehmung von RezipientInnen pendelt nach Scheufele zwischen drei Prototypen: *Aktive* MedienrezipientInnen betrachten Informationen aus den Massenmedien generell als unvollständig und von den Intentionen der politischen KommunikatorInnen gefärbt. Sie beschaffen sich in anderen Medien zusätzliche Information. *Reflektierte* LeserInnen überdenken die gewonnene Information aus den Massenmedien und reflektieren gewonnene Information in Interaktion mit anderen. Das *selektive* Publikum entnimmt den Medien nur Information, das konkret relevant ist, während unwichtig empfundene Beiträge übersprungen werden. Der konstruktivistische Ansatz geht von einer Mischung des Publikums aus den drei Prototypen aus: Die LeserInnen glauben an eine Version der Realität, die eine Mischung aus persönlicher Erfahrung, Informationsgewinnung durch Interaktion mit anderen und interpretierter Selektion aus den Massenmedien ist (Neumann 1992: 120). Neben der Reflexion der Information und Anschlusskommunikation gibt das Publikum ebenfalls ein Feedback über die empfangene Information. Die Reaktion des Publikums äußert sich etwa im Verhalten in und zu verschiedenen Konflikten ebenso wie in der Kaufentscheidung von Medien, wie dies der *Uses & Gratifications-Approach* argumentiert (Kirchhoff 2011b: 21).

(2) Wie wirken sich medial vermittelte Frames in der Gesellschaft auf das politische Machtverhältnis aus? Wie gezeigt, bestehen Frames durch Interaktion zwischen RezipientInnen in der Anschlusskommunikation fort. Machtverhältnisse werden auch durch Sprache geformt und reproduziert (Hajnal 2011). Gramsci schildert die (subtile) Anwesenheit und Wirksamkeit von Hegemonie in allen Gesellschaften. Hegemonie wird verstanden als die „Fähigkeit herrschender Gruppen und Klassen, ihre Interessen durchzusetzen, so dass sie von subalternen Gruppen und Klassen als Allgemeininteresse angesehen werden“ (Brand 2005: 14). Im Aspekt des Allgemeininteresses unterscheidet sich Hegemonie von Ideologie, die meist als solche erkannt und mitunter opponiert wird: Die Subalternen entwickeln im Zusammenhang mit Hegemonie „ein echtes Interesse“ von den postulierten Ideen der „politisch herrschenden Fraktionen und Klassen“ (Candeias 2007: 20). Sie „erwarten reale Vorteile, die sich keineswegs auf eine Art Selbsttäuschung reduzieren lassen – sonst wäre die Hegemonie nicht stabil“ (ebd.: 19). Hegemonie wird durch Elemente des Zwangs und des Konsens erzeugt. Zwang (durch Gewalt) ist nach Gramsci nicht notwendigerweise das effektivste Mittel zur Kontrolle

einer Gesellschaft(sgruppe). Politische Klasse und Zivilgesellschaft sind durch sich gegenseitig stützende Machtstrukturen verbunden. Zwang wird als Kontrollmittel durch sein Gegenteil ergänzt: die Schaffung und das Aufrechterhalten von Konsens (Buttigieg: 6ff.). Konsens wird durch Kommunikation erzeugt. Es erfolgt „eine allgemeine Zustimmung nicht nur zu politischen Verhältnissen (Staat, Parteien, Öffentlichkeit), sondern wird zu einer umfassenden und alltäglichen materiellen Praxis in Betrieb, Schule oder Familie. Die bestehenden Verhältnisse werden weitgehend akzeptiert und damit gefestigt“ (Brand 2004: 17) Kern des Hegemonie-Begriffes ist, dass alle Mitglieder der Gesellschaft an der (Re-)Produktion von Herrschaft teilnehmen (Candeias 2007: 20).

Diese Überlegungen finden sich auch bei Michel Foucault: Foucault beschreibt Macht als Netz, das die Gesellschaft zusammenhält. Über das Netz werden Machtwirkungen transportiert und von den Gesellschaftssystemmitgliedern reproduziert. „Überwachung beruht zwar auf Individuen, doch wirkt sie wie ein Beziehungsnetz von oben nach unten und bis zu einem gewissen Grade auch von unten nach oben und nach den Seiten“ (Foucault 1989: 228). Macht ist „eine Maschinerie, die funktioniert“ (ebd.: 229). Hierarchische Strukturen mit leitenden Institutionen und Personen begünstigen die Machtausübung zwar, es ist aber „der gesamte Apparat“ (also das was Gramsci unter Hegemonie versteht), der beharrlich und kontinuierlich die (Re-)Produktion und Verteilung von Macht vorantreibt: „Das erlaubt es der Disziplinarmacht, absolut indiskret zu sein, da sie immer und überall auf der Lauer ist, da sie keine Zone im Schatten läßt und da sie vor allem diejenigen pausenlos kontrolliert, die zu kontrollieren haben“ (ebd.).

(3) Frames dienen JournalistInnen als Interpretationseinheiten. Ihre Gestaltung sollte in Medien in Demokratien weder favorisierend noch interessengeleitet ausfallen und sich den Werten der Aufklärung verpflichten. Demokratie verlangt nach Kant die Schaffung von Gesetzen und Institutionen durch die BürgerInnen selbst, denen sie sich später (freiwillig) unterwerfen. Da innerhalb einer Gesellschaft immer neue Probleme auftreten, ist eine stetige Aushandlung von Gesetzen und politischen Geltungsbereichen notwendig. Dies geschieht in der Arena des Öffentlichen, der Öffentlichkeit. Drei Dimension weist Öffentlichkeit nach Imhof (2008: 70f.) auf: die *deliberative*, die *politisch-rechtliche* und die *sozialintegrative* Dimension. Die Deliberation, also der Entdeckungs- und Validierungszusammenhang der Öffentlichkeit, wird im Folgenden einer genauen Untersuchung unterzogen.

3 Quantitative Erhebungen

Im Rahmen der Untersuchung wurden Berichte mit thematischer Bezugnahme zu den Protesten in Großbritannien im August 2011 analysiert. Die Erhebung besteht aus 58 Artikeln aus den zwei Abonnements-Zeitungen mit der stärksten Reichweite (*Die Kronen Zeitung* und *Kleine Zeitung*)³ und aus den beiden Qualitätszeitungen (*Der Standard* und *Die Presse*). Gesamt decken die vier Zeitungen eine Reichweite von 58,2 Prozent ab (Medien-Analyse 2011). Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich über eine Woche und setzt mit der Berichterstattung über die Proteste ein, die der Erschießung von Mark Duggan am 4. August 2011 im Londoner Viertel Tottenham (Spiegel Online 2011) folgten, und endet eine Woche später. Der einwöchige Analysezeitraum soll die mediale Reaktion in ihrer Spontaneität fassen. Die Auswahl fiel für den Untersuchungsraum Österreich aus, da (a) die reichweitenstärkste Zeitung (*Kronen Zeitung*) als europäisches Phänomen mehr als 38 Prozent des Publikums erreicht. Die mediale Distribution hegemonialer Ideen innerhalb einer Zeitung kann somit mehr als bei anderen Zeitungen vorangetrieben werden. Zusätzlich handelt es sich (b) bei Österreich um ein nicht erstrangig vom Protest betroffenes Land, was (c) der Intention der Autorin dienlich ist, die interessengeleitete externe Einflussnahme auf die politische Berichterstattung möglichst gering zu halten.

Im Zusammenhang mit o.g. theoretischem Rahmen sind besonders folgende drei Ergebnisse von Bedeutung: die Benennung der Protestaktion, die Benennung der ProtestakteurInnen und die Häufigkeit der zitierten Subjekte.

Die analysierten Frames beziehen sich (a) auf die Akteursebene und beantworten die Frage, wer am vorliegenden Konflikt partizipiert und wie diese Personen in der Öffentlichkeit eines Beobachterlandes charakterisiert, also benannt werden. Außerdem nimmt die Analyse (b) die journalistische Interpretation, Klassifikation und Bewertung der Aktionen in den Fokus. Für Demokratien gilt nach Habermas, dass „eine Öffentlichkeit, von der angebbare Gruppen eo ipso ausgeschlossen sind, [...] nicht etwa nur unvollständig“ ist, sondern „vielmehr gar keine Öffentlichkeit“ (1990: 156) ist. Daher wird (c) der Fokus ebenfalls auf die journalistisch ausgewählten Personen gelegt, die den Diskurs der Öffentlichkeit in den vier untersuchten Zeitungen repräsentieren. Die zitierten Personen sind in Form einer Häufigkeitsberechnung Teil der Datenberechnung.

Benennung der ProtestakteurInnen: In den Artikeln treten 188 Nennungen der AkteurInnen auf. Die fünf häufigsten Bezeichnungen für die Protestteilnehmenden sind „Randalierer“ (36),

³ Gratiszeitungen wurden aus der Analyse ausgenommen.

„Plünderer“ (31), „Jugendliche“ (16), „junge Personen unter 20 Jahren“ (12) und „Vermummte“ (12). „Randalierer“ und „Plünderer“ sind mit insgesamt 35,6 Prozent aller Benennungen die meistverwendeten Termini für die Protestteilnehmenden. Darauf folgt die Bezeichnung „Jugendliche“, wobei Nennungen mit expliziter Bezugnahme auf das Alter unter 20 Jahren miteingeschlossen sind. Sie kommen auf gemeinsame 14,9%. „Vermummte“ als fünft gereihete Bezeichnung weist eine Häufigkeit von 6,4% auf. Eine Zusammenführung semantisch ähnlicher Termini wurde vorgenommen und 13 Gruppen erstellt. Die Gruppierung der Akteursbezeichnungen erlaubt eine Klassifikation in drei Kategorien (Tabelle 1):

1. Neutrale Termini: Diese Bezeichnungen charakterisieren die Protestteilnehmenden ohne krimineller Intentionen. Hierzu zählen auch Verweise auf Alter, Wohnort oder Gruppenzugehörigkeit.
2. Pejorative Termini: Diese Bezeichnungen sind negativ konnotiert und/ oder deuten auf kriminelle Absichten bzw. Aktionen der AktivistInnen hin.
3. Aufschlussgebende Termini: Diese Bezeichnungen entschlüsseln die Motive der AktivistInnen. Sie liefern Hintergrund- und detailliertere Information zur häufig als abstrakte Masse geschilderten Gruppe der AktivistInnen.

Gruppe	Nennungen	Kategorie	Prozent
Gruppen der Gesellschaft	6	Neutrale Benennungen	27,7%
Junge Personen	32		
Personen	12		
BewohnerInnen	2		
Vermummte	13	Pejorative und kriminell konnotierte Benennungen	65,4 %
Gewaltvolle unpolitische UnruhestifterInnen	71		
Gewaltvolle politische UnruhestifterInnen	2		
Menschen mit eingeschränkter Intelligenz	5		
Mutmaßliche Täter	10		
Kriminelle	10		
Pejorative und kriminalisierende andere	12		

Bezeichnungen			
Protestteilnehmende Einzelpersonen	6	Aufschluss gebende Be- nennungen	6,9 %
Diverse Protestteilnehmende unter Berücksichtigung ihres sozialen Hintergrunds	7		

Tabelle 1: Die Häufigkeitsverteilung weist eine starke Tendenz zu pejorativen Benennungen auf.

(b) Benennung der Protestaktion: In den analysierten Artikeln treten 269 Bezeichnungen für die Protestaktionen auf. Die fünf häufigsten Nennungen der 22 verschiedenen Begriffe für die Protest-Aktionen sind „Krawalle“ (61 Nennungen), „Ausschreitungen“ (40), Beschreibungen, die Bezug zu Feuerbränden nehmen (36), „Gewalt“ (25) und „Plünderungen“ (33). Diese fünf werden insgesamt 195 Mal erwähnt, was im Gesamtüberblick eine Häufigkeit von 72,5 Prozent ergibt. Die restlichen 17 Begriffe zählen insgesamt 27,5 Prozent, also knapp mehr als ein Viertel der Nennungen.

Die Realisierung dieser Begriffe in den Zeitungen gestaltet sich folgendermaßen:

„Traurige Bilanz des Krawalls: ein Sachschaden, der in die Millionen geht, und 26 verwundete Polizisten, darunter einer mit ernststen Kopfverletzungen.“⁴

(c) Häufigkeit der zitierten Subjekte: Im Fokus des Interesses steht hier die Erhebung, welche Subjekte direkt oder indirekt zu Wort kommen. Dabei wurde ein Subjekt, z.B. „PM Cameron“, innerhalb eines Artikels zu einem Thema trotz mehrmaliger Nennung einmal gezählt, das Auftreten des Premierministers zu einem anderen Thema innerhalb desselben Artikels ein zweites Mal gewertet usw. Insgesamt treten 188 zitierte Subjekte in den Artikeln auf. Eine Zusammenfassung zu Gruppen wurde vorgenommen (Tabelle 2).

Gruppe	Nennungen	Prozent
Personen von Staatlichen Institutionen (Regierung, Justiz, Polizei, Scotland Yard)	110	58,5
AnwohnerInnen und AugenzeugInnen	24	12,8
Andere Autoritätspersonen (Psychologe, Kriminologe)	31	16,5
KritikerInnen staatlicher (polizeilicher) Handlungen ⁵	8	4,3
Zitation anderer Medien(kommentatorInnen)	7	3,7

⁴ *Der Standard*, 8.8.2011.

⁵ Beklagen des unorganisierten Vorgehens der Polizei.

ProtestaktivistInnen	4	2,1
Angehörige von Mark Duggan	4	2,1

Tabelle 2: Die prozentuale Verteilung fällt deutlich zugunsten staatlicher Bediensteter aus.

Die in Tabelle 2 gezeigten Ergebnisse lassen folgenden Schluss zu: Mehr als neunzig Prozent der Personen, die im öffentlichen Diskurs über den Protest zu Wort kommen, nehmen selber nicht am Protest teil. Vier Prozent der zitierten Personen nehmen aktiv am Protest teil bzw. sind Angehörige von AktivistInnen (oder Mark Duggan). In anderen Worten bedeutet dies: Die Berichterstattung fiel zugunsten jener Personen aus, die *über den Protest und über die AktivistInnen* sprachen, *anstatt* sich mit jenen Personen auseinanderzusetzen, die *aktiv am Protest* teilnahmen. Die Berichterstattung besteht also größtenteils aus Meinungen über den Protest. Die Aussagen der aktiven Subjekte, die den Protest vollführen und ohne die der Protest nicht stattfinden würde, sind verschwindend gering.

4 Marginalisierung und Kriminalisierung der AkteurInnen

„Die soziale Frage in Europa hat einen neuen Namen: Exklusion“ (Kronauer 2010: 11). Exklusion ist eine der zentralen Probleme der Europäischen Union (Room 2004: 1-9). Damit ist der Ausschluss aus dem Erwerbsleben ebenso gemeint wie ausschließende Stadtkonstruktionen in Form von *gated communities*; die Kriminologie deutet außerdem einen Anstieg von GefängnisinsassInnen an, die einer exklusiven Gesellschaft gegenüber stehen (Krasmann/Opitz 2007: 130f.). Die Europäische Kommission weist bereits 1993 auf die strukturellen Prozesse hin, die zur Exklusion aus ökonomischen und sozialen Möglichkeiten führen. Das Problem betrifft nicht nur ökonomisch schlecht gestellte Klassen, sondern ebenso jene, die keine Möglichkeit zur gesellschaftlichen Partizipation haben (Comission of the European Communities 1993). Öffentlichkeit kann als Sammelbecken von Kommunikationsströmen und Partizipation verstanden werden (Imhof 2008: 85f.). Somit reflektiert sie die Exklusion bzw. die Inklusion von Gruppen aus der oder in die Gesellschaft.

Der Macht ist eine basale Ausschlussstruktur immanent. Foucault zeichnet die Ausformungen dieser Struktur nach und zeigt, wie die *Ausschließung* disziplinierend und vergesellschaftend wirksam ist (Foucault 1989).

Die Ergebnisse der Datenerhebung verdeutlichen eine sukzessive Ausschließung der ProtestakteurInnen: Die Marginalisierung der Aktionen und ihrer Teilnehmenden tritt zunächst in Form der Nichtanerkennung ihrer soziopolitischen Ambitionen und deren gesellschaftlicher

Relevanz auf. Eine Kriminalisierung findet später durch die Aburteilung der Protestteilnehmenden als (mutmaßliche) StraftäterInnen statt. Drittens werden die AktivistInnen nicht als Mitglieder jener gesellschaftlichen Ebene betrachtet, die über die politischen Verhältnisse und ihre Gestaltung sprechen, verhandeln und entscheiden, wie schließlich anhand der Deliberationsanalyse gezeigt wird.

Die politische Motivation der ProtestakteurInnen wird in zahlreichen untersuchten terminologischen Charakterisierungen nicht anerkannt oder aktiv abgestritten. Dies ist insofern bemerkenswert, da die journalistisch gewählte Ausgangssituation mit dem Anprangern der mutmaßlich rassistisch motivierten Erschießung von Mark Duggan eine deutliche politische Aussagekraft zum Inhalt hatte (Taylor/Muir 2011). Die Analyse der AkteurInnen-Benennungen weist auf eine Geringschätzung der Personen als politisch irrelevante Gesellschaftsmitglieder hin: Am häufigsten treten Bezeichnungen auf, die die ProtestakteurInnen als „gewaltvolle unpolitische UnruhestifterInnen“ darstellen. Weit mehr als ein Drittel aller Nennungen (37,8% bzw. 71 von insgesamt 188) fällt in diese Kategorie. Dabei stellen die Begriffe „Randalierer“ und „Plünderer“ (31) den Hauptanteil in dieser Kategorie. Beide suggerieren die Anwendung von Gewalt bzw. verweisen auf eine Straftat, keinesfalls aber bringen sie politische Motive der AktivistInnen vor. Die semantische Bezugnahme zu politischen Motiven tritt nur vereinzelt auf: „Demonstranten“ (1), „entfremdete Randgruppen“ (1), (meist kurze) Porträts von Einzelpersonen (6) und jene Begriffe, die die „Protestteilnehmenden unter Berücksichtigung ihres sozialen Hintergrunds“ darstellen (7), gehören zu dieser Gruppe. Im Gesamten erreicht die Gruppe der Begriffe, die die politischen Motive der AkteurInnen beachtet, nicht die Zehn-Prozent-Grenze aller 188 Begriffe.

Das Fehlen der politischen Komponente in der begrifflichen Realisierung tritt bei der Benennung der Protestaktionen noch deutlicher zutage: Außer bei der Bezeichnung von Aktionen als „Protest“ – die vornehmlich gemeinsam mit der Initialdemonstration am ersten Tag in Erscheinung tritt – ist an keiner Stelle ein direkter begrifflicher Verweis auf politische Motive oder politische Relevanz der Aktionen auszumachen. Die häufigsten Bezeichnungen „Krawalle“, „Ausschreitungen“ oder „Unruhen“ verfügen über keine offensichtliche politische Konnotation. Einzelne Begriffe sprechen den Aktionen und ihren Teilnehmenden gar aktiv politische Motive ab: Als Synonym wird z.B. „Gier“ (1) eingesetzt, ProtestakteurInnen als Vernunftentbundene Menschen, als „Chaoten“ (3) oder „Idioten“ (2), bezeichnet. Die Charakterisierung der AkteurInnen erfolgt nicht aufgrund einer (politischen) Vernunft, die ihnen ei-

gen sein könnte. Vielmehr werden sie in der Öffentlichkeit mitunter als Ausscherende aus den Normen der politischen Vernunft dargestellt.

Der Mechanismus der Ausschließung funktioniert über die „Entgegensetzung von Vernunft und Wahnsinn“, so Foucault (1972: 11ff.). Als Wahnsinnige gelten Personen, deren Meinungen und Ideen nicht in jener ausgeprägten Form kursieren können, wie die der Vernünftigen. Das Wort der Person, die dem Wahnsinn anheimgefallen ist, „gilt für null und nichtig, es hat weder Wahrheit noch Bedeutung“ (ebd.).

Neben der De-Politisierung der aktivistischen Subjekte weisen die Daten außerdem auf deren Kriminalisierung hin. Der am häufigsten auftretende Frame der Personenbezeichnungen charakterisiert die AktivistInnen mit kriminellen Motiven. Mit dem Verzicht auf den Hinweis auf eine *nur möglicherweise* vorliegende Straftat wird bereits vor legalen Beschlüssen eine Kriminalisierung der AktivistInnen vorgenommen. Hierunter fallen Bezeichnungen wie „Straftäter“, „Einbrecher“ und „Angreifer“ und andere Termini, die den o.g. Gruppen „gewaltvolle unpolitische Unruhestifter“, „gewaltvolle politische Unruhestifter“ und „Personen mit kriminellen Absichten“ zugehören. Gesamt deuten 62,7% aller für die Protestteilnehmenden verwendeten Termini auf deren gesetzeswidriges Handeln hin, das sind 95,9% der pejorativen Bezeichnungen. Bei den Aktionsbezeichnungen sind mehr als ein Drittel (93) der 269 Nennungen klare Verweise auf eine kriminelle Tat. Darunter fallen Synonyme wie „Plünderung“ und Anwendung von „Gewalt“, „Verwüstung, Zerstörung“ und andere.

5 Ausschluss im Deliberationsprozess

Da es sich bei der untersuchten Berichterstattung um die erste Woche der Protestaktionen handelt, ist für die Analyse der Öffentlichkeit vor allem die deliberative Dimension von Interesse. Als betroffene Ebenen des politischen Systems sind nach Imhof in diesem Zeitraum die *Input-Ebene* und die *Throughput-Ebene* relevant (Imhof 2008: 72f.). Es gilt den Fragen nachzugehen, *wer* am Entdeckungszusammenhang und der Validierung der Sachlage teilnimmt bzw. wem die Teilnahme an der Öffentlichkeit durch die Medien verwehrt wird.

Der journalistische Deliberationsprozess muss seinem der Demokratie verpflichteten Selbstverständnis nach den demokratischen Prinzipien der Konsensfindung und also dem Rationalitätsanspruch des Modernen Staates gehorchen (Imhof 2008). Zur demokratischen Verhandlung einer gesellschaftlich relevanten Causa in der Öffentlichkeit ist es demnach schlüssig, die Einbeziehung aller zum Gesellschaftssystem zugehörigen Menschen am Kommunikations-

prozess zu ermöglichen und „keine systematischen Ausschlüsse zu produzieren“ (Imhof 2006: 199). Dies ist u.a. Aufgabe der VerwalterInnen von Öffentlichkeit – den JournalistInnen.

Beim analysierten Fallbeispiel wird genau diese demokratische Forderung nicht eingehalten. Die Berichterstattung verhält sich keineswegs paritätisch zu den auftretenden AkteurInnen und Meinungen im stattfindenden Konflikt.

Die ProtestakteurInnen sind die InitiatorInnen und die Forttragenden des Konflikts, ohne sie würden die Protestaktionen – wie auch immer diese evaluiert werden – nicht stattfinden. Sie bilden im Konflikt also die relevanteste Gruppe. Wenn der Konflikt in der medialen Perzeption im Vordergrund kommunalpolitischer exekutiver oder legislativer Entscheidungsaushandlungen betrachtet wird, gesellen sich freilich andere AkteurInnen aus Politik, Gerichten oder Parlament hinzu, die in der Öffentlichkeit über den Konflikt zu Wort kommen müssen. Das lindert aber nicht die Unverhältnismäßigkeit im deliberativen Prozess. Zur Entdeckung-, Definition und Validierung des Zusammenhangs wurden von den JournalistInnen also nur zu einer einstelligen Prozentzahl die AktivistInnen befragt, die Durchlässigkeit der Kommunikation bezüglich der AktivistInnen⁶ war nur minimal gegeben. Die demokratischen Ansprüche des Journalismus scheiterten auf der Ebene des Inputs sowie auf der Ebene des Throughputs. Die deliberative Dimension der Öffentlichkeit muss daher als nicht ausreichend gelöst bewertet werden.

6 Fazit

Aus den Ergebnissen der quantitativen Auswertung der Benennungen von ProtestakteurInnen und -aktionen lassen sich zusammenfassend drei Schlüsse ziehen: (1) Die österreichischen Medien weisen in der ersten Woche der Protest-Berichterstattung eine mangelnde Wertschätzung der ProtestakteurInnen als politisch relevante Subjekte auf. Die Geringschätzung der ProtestakteurInnen reicht bis zu ihrer Darstellung als unvernünftig, was demokratiepolitisch bedenkliche Konsequenzen mit sich bringt. Die mangelnde Auseinandersetzung mit den Motiven der ProtestakteurInnen ist Hinweis für eine nicht-funktionierende Öffentlichkeit. (2) Es findet eine Kriminalisierung der ProtestakteurInnen und ihrer Aktionen über die Verwendung von Frames statt. Die Kriminalisierung ist nach Foucault als ein Hinweis zum folgenden Ausschluss zu werten. (3) Die Protest-AkteurInnen werden aus der Öffentlichkeit ausgeschlossen. Die mangelhafte Beteiligung der Protestausführenden am öffentlichen Deliberationsprozess widerspricht den demokratischen Prämissen im Sinne eines modernen Staates.

⁶ Die Kommunikation der Interessen fand nicht mit Bannern statt, was u.a. Anlass zu massiver Kritik in den österreichischen Zeitungen war. Die interne Kommunikation wurde über Blackberry Handys organisiert.

Anhand der Auswahl von oben ausführlich besprochenen Termini und Frames übernehmen die JournalistInnen auf subtile Art und Weise ein Urteil, das etwa staatliche Beamte vorlegen und konzeptualisieren die Geschehnisse nicht selbst. Zur Veränderung der Storyline müssten nach journalistischen Kriterien zumindest oppositionelle Stimmen gegen die Meinungen der Beamten zitiert werden. Wenn kaum eine zumindest annähernd die KonfliktteilnehmerInnen abbildende Zitation stattfindet, ist von einer demokratischen Öffentlichkeit nicht zu sprechen. JournalistInnen fallen so bewusst oder unbewusst einer hegemonialen Verhaltensweise anheim.

Literatur

- BBC (2011): „Riots in Tottenham after mark Duggan shooting protest“. 7.8.2011. Online verfügbar unter: www.bbc.co.uk/news/uk-england-london-14434318 [März 2012]
- Buttigieg, Joseph (1995): „Gramsci on Civil Society“. In *boundary 2*, Vol. 22, Nr. 3, Duke University Press, pp. 1-32.
- Brand, Ulrich (2005): *Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Candeias, Mario (2007): „Gramscianische Konstellationen. Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen“. In: Merkens/Diaz 2007, S. 15-32.
- Channel 4 (2011): „Police out in force after Tottenham riots“. 7.8.2011. Online verfügbar unter: <http://www.channel4.com/news/police-patrol-tottenham-after-riots> [März 2012]
- Commission of the European Communities (1993): Green Paper European Social Policy. Options for the Union, Consultative document, COM(93) 551, 17 November 1993, Brussels/ Luxembourg, page 19. Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/green-papers/pdf/social_policy_options_gp_com_93_551.pdf [März 2012]
- Defend the Right to Protest (2011): „Reflection on Riots“. 9.8.2011. Online verfügbar unter: <http://www.defendtherighttoprotest.org/reflections-on-riots/> [März 2012]
- Deputy Prime Minister (2011): “London violence: ‘needless opportunistic theft’”. 8.8.2011. Online verfügbar unter: <http://www.dpm.cabinetoffice.gov.uk/news/london-violence-needless-opportunistic-theft> [März 2012]
- Entman, Robert (1993): „Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm“. In *Journal of Communication*, 43, 51-58.
- Foucault, Michel (1989): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- (1972): *Die Ordnung des Diskurs*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Goffmann, Erving (1974): *Frame Analysis. An Essay on the Organization of Experience*. Cambridge: Harvard University Press.
- Hajnal, Ivo (2011): „Macht und Kommunikation“. Skript zur gleichnamigen Vorlesung, SS 2011, Universität Innsbruck, Innsbruck.
- Harrow Observer (2011): „Eight officers hurt as riots erupt“, 7.8.2011. Online verfügbar unter: <http://www.harrowobserver.co.uk/west-london-news/world-uk-news/2011/08/07/eight-officers-hurt-as-riots-erupt-116451-29192283/> [März 2012]
- Huffington Post (2011): „Riot In Tottenham After Protest At Mark Duggan's Killing By Police“: 6.8.2011. Online verfügbar unter: http://www.huffingtonpost.co.uk/2011/08/06/tottenham-protest-turns-n_n_920271.html [März 2012]
- Imhof, Kurt (2006): „Mediengesellschaft und Medialisierung“. In *Medien und Kommunikationswissenschaft*, 54.Jahrgang, 2006/2, Baden Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 191–215.
- Imhof, Kurt (2008): „Theorie der Öffentlichkeit als Theorie der Moderne“. In *Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaft: Teil 1*, Wiesbaden: VS Verlag, 65-91.
- Independent Police Complaints Commission IPCC (2011): „Update on Mark Duggan investigation including details of ballistic tests“. 9.8.2011. Online verfügbar unter: http://www.ipcc.gov.uk/news/Pages/pr_090811_dugganupdate.aspx [März 2012]
- Islington Hands Of Our Public Services (IHOOPS) (2011): „Give our kids a future!“. 12.8.2011. Online verfügbar unter: <http://islingtonhandsoffourpublicservices.wordpress.com/page/3/> [März 2012]
- Jackson, Peter (2011): „London riots: Tensions behind unrest revealed“. In BBC 7.8.2011. Online verfügbar unter: <http://www.bbc.co.uk/news/uk-14436529> [März 2012]
- Kastein, Julia (2011): „Cameron: Teile der Gesellschaft sind krank“. In *Die Presse*, 11.8.2011.
- Kirchhoff, Susanne (2011): „Theorien und Modelle zur Wirkung politischer Kommunikation 2“. In *VO Medien, Öffentlichkeit und politische Organisation*, Powerpoint-Präsentation, 21.10.2011, Universität Innsbruck.
- (2011b): „Theorien und Modelle zur Wirkung politischer Kommunikation 1“, Folie 21. In Kirchhoff 2011.
- Krasmann, Susanne/Opitz, Sven (2007): „Regierung und Exklusion. Zur Konzeption des Politischen im Feld der Gouvernamentalität“. In: Krasmann, Susanne/Volkmer, Michael

- (Hrsg.): *Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften*. Internationale Beiträge, Bielefeld: transcript, 127-155.
- Krasmann, Susanne/Volkmer, Michael (Hrsg.) (2007): *Michel Foucaults „Geschichte der Gouvernementalität“ in den Sozialwissenschaften*. Internationale Beiträge, Bielefeld: transcript.
- Kronauer, Martin (2010): *Exklusion: Die Gefährdung des Sozialen im hochentwickelten Kapitalismus*. 2. Auflage, Frankfurt am Main: Campus.
- Lengauer, Günther (2007): *Postmoderne Nachrichtenlogik. Redaktionelle Politikvermittlung in medienzentrierten Demokratien*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Lewis, Paul (2011): „Tottenham riots: a peaceful protest, then suddenly all hell broke loose“ In *The Guardian*, 7.8.2011, Online verfügbar unter: <http://www.guardian.co.uk/uk/2011/aug/07/tottenham-riots-peaceful-protest> [März 2012]
- Medien-Analyse 2011: *Tageszeitungen Total*. Online verfügbar unter: <http://www.media-analyse.at/studienPublicPresseTageszeitungTotal.do?year=2011&title=Tageszeitungen&subtitle=Total> [März 2012]
- Meikle, James (2011): „Families made homeless by riots will be compensated“. In *The Guardian*, 11.8.2011. Online verfügbar unter: <http://www.guardian.co.uk/uk/2011/aug/11/families-homeless-riots-compensated> [März 2012]
- Merkens/Diaz (2007) (Hrsg.): *Mit Gramsci arbeiten*. Hamburg: Argument Verlag.
- Merten, Klaus (1995): „Konstruktivismus in der Wirkungsforschung“. In: Schmidt, Siegfried J. (Hrsg.): *Empirische Literatur- und Medienforschung*. Siegen: LUMIS-Institut, 72-80.
- Neumann, W. Russell/ Just, Marion R./ Crigler, Ann N. (1992): *Common Knowledge: news and the construction of political meaning*. Chicago: University of Chicago Press.
- Orr, Judith (2011): „Rage at the police hits the streets of north London“. In *Socialist Worker online*, 7.8.2011. Online verfügbar unter: <http://www.socialistworker.co.uk/art.php?id=25638> [März 2012]
- Penny, Laurie (2011): „British Riots: Elites ‚Shocked‘ The Poor Are Rising Up Against Brutal Austerity Measures“. In *Alternet*, 9.8.2011. Online verfügbar unter: http://www.alternet.org/world/151952/british_riots [März 2012]

- Porter, Andrew (2011): „London riots: David Cameron says police must be more ‚robust‘“. In *The Telegraph*, 9.8.2011. Online verfügbar unter: <http://www.telegraph.co.uk/news/uknews/crime/8690819/London-riots-David-Cameron-says-police-must-be-more-robust.html> [März 2012]
- Pürer, Heinz (2006): „Medien und Journalismus zwischen Macht und Verantwortung“. Dokument für die Österreichische Medienakademie, Mai 2006. Online verfügbar unter: http://www.mediamanual.at/mediamanual/workshop/lo/downloads/lm_01/medienverantwortung.pdf [März 2012]
- Room, Graham (2004): „Poverty and social exclusion: The New European Agenda for Policy Research.“ In: Room, Graham (Hrsg.): *Beyond the threshold: the measurement and analysis of social exclusion*, Bristol: The Policy Press, 1-9.
- (Hrsg.) (2004): *Beyond the threshold: the measurement and analysis of social exclusion*, Bristol: The Policy Press
- Scheufele, Dietram (2004): „Framing-Effekte auf dem Prüfstand“. In *Medien und Kommunikationswissenschaft*, 52. Jg., S. 30 – 55.
- (1999). „Framing as a theory of media effects“. In: *Journal of Communication*, 49(1), 103-122.
- Schmidt, Siegfried J. (Hrsg.) (1995): *Empirische Literatur- und Medienforschung*. Siegen: LUMIS-Institut,
- Spiegel Online (2011): „London erlebt zweite Krawallnacht“, 8.8.2011. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,778891,00.html> [März 2012]
- Rickman, Dina (2011): „David Lammy Appeals For Calm After Tottenham Riots“. *Huffington Post*, 7.8.2011. Online verfügbar unter: http://www.huffingtonpost.co.uk/2011/08/07/david-lammy-appeals-for-c_n_920360.html [März 2012]
- Shilson, Keith (2011): „Condemn the police's violence and racism in Tottenham“. In *Left Turn, Blog*, 8.8.2011. Online verfügbar unter: <http://makealeftturn.blogspot.com/2011/08/condemn-polices-violence-and-racism-in.html> [März 2012]
- Taylor, Diane/Muir, Hugh (2011): „Protest march on Downing Street to highlight deaths of black detainees.“ In *The Guardian*, 28.10.2011. Online verfügbar unter: <http://www.guardian.co.uk/uk/2011/oct/28/protest-march-black-deaths-custody> [März 2012]

United Campaign against Police Violence (2011): „Give Our Kids a Future! A North London Unity Demonstration“. Blog, 11.8.2011. Online verfügbar unter: <http://againstpoliceviolence.blogspot.com/2011/08/give-our-kids-future-north-london-unity.html> [März 2011]

Vasagar, Jeevan (2011): „Mark Duggan did not shoot at police, says IPCC“. In *The Guardian*, 9.9.2011. Online verfügbar unter: <http://www.guardian.co.uk/uk/2011/aug/09/mark-duggan-police-ipcc> [März 2012]